

Fraktion **direkt**

70 | 14. Dezember 2012

Zur Lage

Deutschland kann mit Optimismus ins neue Jahr gehen 2013 geht es um mehr als nur um Wahlkampf

Deutschland kann auf ein gutes Jahr zurückblicken, und es hat Grund zum Optimismus für 2013. Nach der Überwindung der Finanzkrise von 2008 und 2009 ist es gelungen, auch der Euro-Staatsschuldenkrise zu trotzen. Das Wirtschaftswachstum hat sich aufgrund der nachlassenden Nachfrage aus dem Ausland zuletzt zwar verlangsamt. Aber Deutschland hat auch im zurückliegenden Jahr immer noch weniger Arbeitslose als vor dem Krisenjahr 2009. Rund 42 Millionen Deutsche haben eine Beschäftigung. Die Löhne sind gestiegen. Die Staatsfinanzen gesunden. Die Situation der Sozialversicherungen ist hervorragend.

SPD denkt nur an Umverteilen

Auch die Aussichten für das kommende Jahr sind positiv. Die Konjunkturaussichten verbessern sich, wie jüngste Prognosen zeigen. Der Arbeitsmarkt ist robust. Die Politik muss diese Entwicklung fördern, wo immer sie kann. So werden wir im nächsten Jahr aller Voraussicht nach die Schuldenbremse einhalten. 2013 geht es gerade für uns um mehr als nur um Wahlkampf.

„Europa wettbewerbsfähiger machen“

Nur wenn Deutschland so gesund bleibt, wird es auch in Zukunft in der Welt bestehen. Nur dann wird es uns allen insgesamt weiter so gut gehen. Der SPD-Parteitag hat es wieder einmal bewiesen: Die Sozialdemokraten denken nur an Umverteilen, nicht aber daran, wie unser Land die Grundlagen erhalten kann, um den Wohlstand überhaupt zu erwirtschaften. Die Sozialdemokraten und ihr Wendehals-Kandidat machen nur leere Versprechungen, sagen aber nicht, woher das Geld für ihre Umsetzung kommen soll. Das ist genau die Politik, die viele Staaten in Europa in die Probleme gebracht hat, die wir jetzt zu lösen haben. SPD



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

und Grüne haben aus der Krise nichts gelernt.

Europa wird uns auch im kommenden Jahr beschäftigen – das steht fest. Auch hier hat sich vieles zum Besseren entwickelt. Aber viele Sorgen bleiben. Grundsätzlich geht es jetzt darum, das Haus Europa wettbewerbsfähiger zu machen. Dazu gehören die Sanierung der Staatsfinanzen und mehr Kontrollen. Aber die EU-Mitgliedsländer müssen vor allem innovativer werden. Darum muss sich Brüssel kümmern, anstatt immer nur daran zu denken, möglichst alle Länder zur Lösung der Probleme einzelner in Haftung zu nehmen. Zum Glück haben wir aber die Bundeskanzlerin, die Europa noch immer auf den richtigen Kurs gebracht hat.

Mut und Zuversicht sollten uns auch im kommenden Jahr auszeichnen. Dann werden wir auch bei der Bundestagswahl erfolgreich sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2013.

Volker Kauder

Inhalt

Deutschland kann mit Optimismus ins neue Jahr gehen	1
Rückkehr zu den Wurzeln der Währungsunion	2
Vertrauen in die Europäische Union zurückgewinnen	3
„Das Schicksal von Millionen verfolgtger Christen liegt uns am Herzen“	4
Beschneidung von Jungen bleibt zulässig	5
Radioaktive Abfälle schneller aus der Asse holen	5
Schenkelbrand bis 2018 ohne Betäubung erlaubt	6
Neue Publikationen der Unionsfraktion	6
„Patriot“-Raketen schützen NATO-Partner Türkei	7
Bundeswehr setzt Rückzug aus Afghanistan fort	7
CDU steht geschlossen hinter Merkel	8
Weltbevölkerungswachstum – eine zentrale Herausforderung	9
„Erreicht, was machbar war“	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Rückkehr zu den Wurzeln der Währungsunion

Für eine solide Haushaltspolitik in Europa



Foto: Henning Schucht

Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Unbestritten gibt es in der Konstruktion der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Defizite. Die aktuelle Staatsschuldenkrise wurde jedoch vor allem ausgelöst durch die zügellose Ausgabenpolitik und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einzelner Euro-Staaten. Notwendig ist deshalb vor allem eine Rückkehr zu den Wurzeln der Wirtschafts- und Währungsunion: zu verantwortungsvoller Haushaltspolitik, zu soliden Staatsfinanzen sowie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in allen Euro-Staaten. Hierzu müssen vor allem Strukturformen umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund gehen die Reformpläne des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy für einen Umbau der Währungsunion eindeutig zu weit. Wir wenden uns entschieden gegen die Schaffung einer „Fiskalkapazität“. Diese soll durch Beiträge der Euro-Staaten mit finanziellen Mitteln gefüllt werden. Die Rückflüsse an die Euro-Staaten sollen sich an deren konjunktureller Entwicklung bemessen. Geschaffen würde damit ein dauerhafter, nicht projektbezogener Transfermechanismus. Das ist mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar. Danach müssen Hilfen stets an Konditionen sowie Gegenleistungen geknüpft und zeitlich begrenzt sein. Jeder Art von Hilfe an Krisenstaaten muss zwingend eine

politische Entscheidung auf nationaler Ebene vorausgehen. Ein Automatismus ist nicht akzeptabel. Der Druck auf Schuldenstaaten darf nicht durch unkonditionierte und dauerhafte Finanzhilfen ausgehebelt werden. Auch existieren bereits heute Instrumente zur Unterstützung wirtschafts- und finanzschwacher EU-Mitglieder, etwa der Regional- und der Kohäsionsfonds.

Unabhängigkeit der EZB nicht nur auf dem Papier

Mit den Beschlüssen zur Einführung der Bankenaufsicht sind wir in dieser Woche einen großen Schritt zu mehr Stabilität in Europa vorangekommen. Dabei ist positiv zu werten, dass Deutschland sich in den Verhandlungen mit einer Kernforderung durchgesetzt hat: Nur Großbanken und öffentlich gestützte Banken sollen künftig unter die europäische Aufsichtszuständigkeit fallen. Oberstes Ziel für die Einsetzung der Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank bleibt es aber, Interessenkonflikte zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht zu vermeiden. Hier gilt es, den Umsetzungsprozess weiter kritisch zu begleiten. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank darf nicht nur auf dem Papier gesichert sein.

In den weiteren Gesprächen müssen wir auch darauf achten, dass aus dem Rettungsschirm ESM so lange keine direkten Hilfen an Banken gezahlt werden, wie es keine effektive Kontrolle gibt. Die Funktionsfähigkeit der Bankenaufsicht ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Rekapitalisierung der Finanzinstitute ohne Umweg über den Staat.

Auch können wir nicht zulassen, dass Van Rompuy an den parlamentarischen Mitwirkungsrechten kratzt. Bei Fragen, die in nationaler Zuständigkeit liegen, wie etwa die Steuer- und Beschäftigungspolitik, müssen die nationalen Parlamente weiter das letzte Wort haben. Insbesondere die Budgethoheit muss zwingend bei den nationalen Parlamenten verbleiben.

Vertrauen in die Europäische Union zurückgewinnen

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vor EU-Gipfel



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Regierungserklärung

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eine bessere Abstimmung der EU-Mitgliedstaaten in Wirtschaftsfragen gefordert. Nur so könnten die europäischen Staaten ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern, sagte Merkel in ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel am Donnerstag. „Der Friedensnobelpreis verpflichtet unsere Generation, gemeinsam dafür zu sorgen, dass Europa sein großes Friedens- und Wohlstandsversprechen auch in Zukunft halten kann“, sagte die Kanzlerin.

Angesichts der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum sagte Merkel, es bleibe noch sehr viel zu tun, um das Vertrauen in die Europäische Union zurückzugewinnen. Die Reformen dürften nicht auf halbem Weg stecken bleiben. Als Fortschritte nannte sie in diesem Zusammenhang den permanenten Stabilitätsmechanismus ESM, den Fiskalvertrag und die verschärfte Regulierung der Banken. Merkel würdigte auch die Anstrengungen Irlands, Portugals, Spaniens und Griechenlands zur Bewältigung ihrer Haushalts- und Finanzprobleme. Nun werde sichtbar, dass die Mühen der vergangenen Zeit nicht umsonst gewesen seien.

Die Einigung der europäischen Finanzminister auf eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht begrüßte die Kanzlerin. Dieser Erfolg sei „gar nicht hoch genug einzuschätzen“, unterstrich sie. Deutschland habe sich an vielen Stellen durchgesetzt. So werde es bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu einer klaren Trennung von geldpolitischer Verantwortung und Bankenaufsicht kommen. Die Aufsicht der EZB werde sich auf systemrelevante Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Milliarden Euro oder 20 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Landes beschränken. Bei der Finanztransaktionssteuer habe das Europäische Parlament zugestimmt, dass elf EU-Länder diese gemeinsam in Angriff nehmen könnten.

Strukturreformen für mehr Wachstum

Die Kanzlerin rief dazu auf, den europäischen Binnenmarkt „energisch“ fortzuentwickeln. 90 Prozent des weltweiten Wachstums entstehe derzeit außerhalb Europas, stellte sie besorgt fest. Daher sei die richtige Antwort auf die Krise eine Politik der Strukturrefor-

men, die zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führe.

Die wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Union steht nach Auffassung Merkels erst am Anfang. Sie äußerte die Erwartung, dass der Gipfel einen Reformfahrplan für mehr interne Abstimmung beschließen werde. Im ersten Halbjahr 2013 werde auf europäischer Ebene zu beraten sein, wie die wirtschaftspolitische Koordination konkret und dauerhaft ausgestaltet werden könne.

Bankenaufsicht

Die Euro-Zone bekommt eine gemeinsame Bankenaufsicht. Darauf einigten sich die EU-Finanzminister unmittelbar vor dem EU-Gipfel in dieser Woche. Die Bankenaufsicht soll unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt sein. Mit ihr soll sichergestellt werden, dass in Not geratene große Finanzinstitute künftig nicht mehr das gesamte europäische Finanzsystem in Schwierigkeiten bringen können. Die gemeinsame Bankenaufsicht wird zwar der EZB unterstellt. Doch wird durch eine Trennung der Bereiche gleichzeitig dafür gesorgt, dass die Kontrollfunktion die unabhängige Geldpolitik der Zentralbank nicht beeinträchtigt. Die europäische Bankenaufsicht soll nur für Geldhäuser mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Milliarden Euro oder 20 Prozent der Wirtschaftskraft ihres Heimatlandes zuständig sein. Für die restlichen der rund 6.000 Finanzinstitute der Währungsunion bleibt die nationale Bankenaufsicht zuständig. In begründeten Fällen können die Kontrolleure der EZB die Aufsicht an sich ziehen. Der rechtliche Rahmen für das Projekt soll bis März 2013 stehen. Genau ein Jahr später soll die Bankenaufsicht ihre Arbeit aufnehmen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass marode Banken in der Euro-Zone direkt finanzielle Hilfe aus dem permanenten Rettungsschirm ESM erhalten können, ohne den Umweg über ihren Heimatstaat gehen zu müssen.

„Das Schicksal von Millionen verfolgter Christen liegt uns am Herzen“

Volker Kauder über sein Engagement für Religionsfreiheit



Foto: Tobias Koch

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht. Nur dort, wo Menschen ihren Glauben frei leben können, ist auch die Gesellschaft frei. Christen, die ihren Glauben leben, werden jedoch in weiten Teilen der Welt bedrängt und verfolgt. Für Christen im Irak, in Ägypten oder in Nigeria beispielsweise hat sich die Lage zunehmend verschlechtert. Über das Problem sprach „Fraktion direkt“ mit dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder.

Herr Kauder, zur Weihnachtszeit denken wir besonders an Menschen in Not. Für politisch verfolgte erheben Menschenrechtsorganisationen vernehmbar ihre Stimme. Warum erhalten verfolgte Christen so wenig Aufmerksamkeit?

Kauder: In den vergangenen Jahren wird das Thema glücklicherweise mehr und mehr in der Öffentlichkeit beachtet. Das ist ein Verdienst der Kirchen, aber auch unserer Fraktion. Man kann schon sagen, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieses Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt hat. Viele setzen sich für verfolgte und bedrängte Christen ein – nicht nur ich, auch wenn mein Engagement natürlich wegen meines

Amtes etwas mehr im Fokus der Öffentlichkeit ist. Denken Sie aber allein an den Stephanus-Kreis innerhalb der Fraktion, in dem sich viele von uns zusammengefunden haben, um sich des Themas anzunehmen. Die Bundesregierung zieht in der Außenpolitik mit. Ich bin mit der Entwicklung also durchaus zufrieden.

Damit das Thema Christenverfolgung mehr Gewicht bekommt, müsste man sich seiner auf höchster Ebene annehmen. Was tun die Vereinten Nationen?

Kauder: Leider ist von den Vereinten Nationen hier nicht allzu viel zu erwarten. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat uns das auch offen gesagt, als wir mit ihm vor knapp einem Jahr in New York gesprochen haben. Jede UN-Resolution, die sich gegen Christenverfolgung richtet, würde insbesondere von den islamischen Staaten nicht mitgetragen werden. Damit würde sie scheitern.

„Wir werden unsere Stimme erheben“

Aber immerhin sind die Vereinten Nationen immer noch der Ort, wo wir auf die Einhaltung der Religionsfreiheit allgemein pochen können. Das werden wir auch weiterhin tun. Das nützt dann indirekt auch den Christen. Insbesondere müssen wir darauf achten, dass auf internationaler Ebene die Religionsfreiheit weiter als Individualrecht angesehen wird, auf das sich jeder Mensch berufen kann. Al-

lerdings wird von einigen Staaten der Versuch unternommen, dieses Recht abzuschwächen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Der Bundestag hat vor zwei Jahren eine Resolution zu Religionsfreiheit und Christenverfolgung verabschiedet. Was hat sich dadurch bewegt?

Kauder: Dadurch haben wir vor allem deutlich gemacht: Uns liegt das Schicksal der Abermillionen von verfolgten Christen am Herzen. Wir haben ihr Leid im Blick. Wir werden nicht wegschauen, sondern wir werden in den Kontakten mit den Staaten, in denen Christen leiden, unsere Stimme erheben. Das ist nicht viel, aber mehr als nichts. Denn den allermeisten Staaten ist ihr Ansehen in der Welt nicht egal. Vorwürfen wollen sie sich lieber nicht ausgesetzt sehen. Ich glaube, viele Staaten sind auch vorsichtiger geworden oder schützen sogar Christen zunehmend besser.

„Alle Christen sind Schwestern und Brüder im Glauben“

Sie selbst engagieren sich seit langem für verfolgte und bedrängte Christen weltweit. Welche Erfahrungen haben Sie auf Ihren Reisen gemacht?

Kauder: Wir erfahren viel Dankbarkeit. Das ist ein schönes Erlebnis. Natürlich wissen die Christen, die wir besuchen, dass unser Einfluss begrenzt ist. Aber sie sind glücklich, dass wir ihr Schicksal ernst nehmen. Alle Christen sind Schwestern und Brüder im Glauben. Das wird bei solchen Begegnungen schon deutlich.

Beschneidung von Jungen bleibt zulässig

Bundestag verabschiedet Gesetzesentwurf

Die Beschneidung von Jungen bleibt auch künftig in Deutschland grundsätzlich erlaubt. Der Bundestag verabschiedete am Mittwoch ein entsprechendes Gesetz, das dies klarstellt. Das Gesetz ist eine Reaktion auf das Urteil des Landgerichts Köln vom Mai, das die religiös begründete Beschneidung als rechtswidrige Körperverletzung gewertet hatte. Das Urteil hatte Juden und Muslime in Deutschland tief verunsichert.

Im elterlichen Sorgerecht wird nun klargestellt, was bisher schon gilt: Eltern können in eine Beschneidung ihres Sohnes unter bestimmten Voraussetzungen einwilligen. Dazu gehört, dass sie umfassend über die Risiken und Folgen einer Beschneidung aufgeklärt werden und dass der Eingriff nach den Regeln der ärztlichen Kunst erfolgt. Grundsätzlich dürfen nur Ärzte den Eingriff vornehmen. Ausnahmen sind Personen, die von Religionsgemeinschaften dafür vorgesehen und speziell ausgebildet sind, beispielsweise jüdische Mohalim. Sie dürfen einen Jungen nur in den ersten sechs Lebensmonaten beschneiden.



Foto: Markus Schreiber/AP/dapd

Ein acht Tage alter Junge nach seiner Beschneidung in einer Berliner Synagoge

Kindeswohl beachten

Zu den Regeln der ärztlichen Kunst gehört auch eine möglichst effektive Schmerzbehandlung. Die Eltern sind außerdem verpflichtet, den Willen des Sohnes in ihre Entscheidung einzubeziehen – und zwar umso mehr, je älter das Kind ist. Eine Beschneidung ist dann nicht erlaubt, wenn sie das Wohl des Kindes gefährden würde.

Mit dem Kölner Landgericht hatte erstmals ein deutsches Gericht die rituelle Beschneidung, die für Muslime und Juden von essenzieller religiöser Bedeutung ist, in Frage gestellt. In Deutschland war die Beschneidung bisher stets erlaubt. Nach dem Urteil fürchteten Juden und Muslime um die Zukunft ihres religiösen Lebens in Deutschland.

Radioaktive Abfälle schneller aus der Asse holen

Bundestag berät Gesetz zur Stilllegung des Schachts

Im Versuchsbergwerk Asse II in Niedersachsen liegen insgesamt 125.787 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen, die zwischen 1967 und 1978 dort eingelagert wurden. Die Situation vor Ort ist wegen der mangelnden Standfestigkeit des Grubengebäudes und der Gefahr von Wasserzufluss in die Kammern, in denen die Abfälle lagern, sehr problematisch. Daher muss die Rückholung der Abfälle und die Schließung des Bergwerks unbedingt beschleunigt werden. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung einen gemeinsamen Gesetzesentwurf aller Fraktionen.

Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet

Mit dem Gesetz wird die Rückholung der Abfälle aus dem ehemaligen Salzbergwerk im Landkreis Wolfenbüttel zur Vorzugsoption gegenüber anderen Optionen wie Verfüllung und Umlagerung. Ziel ist die Beschleunigung der Arbeiten zur Stilllegung des Schachts. Die Sicherheit der Bergleute und der Bevölkerung vor Ort wird jederzeit gewährleistet.

Im einzelnen sieht der Gesetzesentwurf Verfahrenserleichterungen vor, damit die Schachanlage Asse II be-

schleunigt stillgelegt werden kann. Unter anderem wird klargestellt, dass für die Rückholung der radioaktiven Abfälle ein Planfeststellungsverfahren nicht erforderlich ist. Im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben sollen Ausnahmen von Strahlenschutzvorschriften möglich sein, soweit der Strahlenschutz generell gewährleistet ist. Für mögliche Störfälle wird Vorsorge getroffen, dass Menschen und Umwelt keinerlei schädlicher Strahlung ausgesetzt werden.

Schenkelbrand bis 2018 ohne Betäubung erlaubt

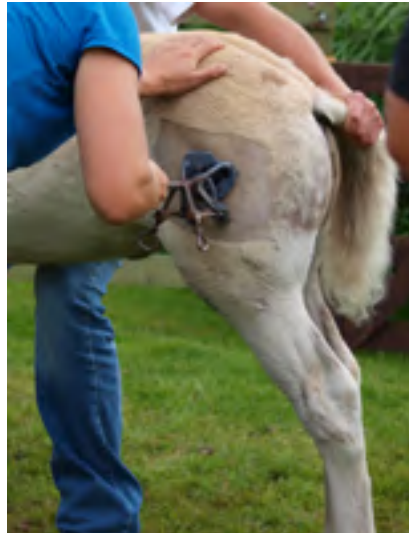
Bundestag verabschiedet Tierschutznovelle – Bei Ferkelkastration Forschungsprojekte abwarten

Der Schenkelbrand bei Pferden und die Ferkelkastration bleiben bis Ende 2018 ohne Betäubung erlaubt. Beide Regelungen sind Teil des neuen Tierschutzgesetzes, das der Deutsche Bundestag in dieser Woche beschloss. Bei der Novelle setzt die christlich-liberale Koalition auf einen in der Praxis anwendbaren Tierschutz; ideologisch gefärbte Verbote lehnt sie ab.

Deutschland ist Vorreiter im Tierschutz

Der Schenkelbrand bei Pferden – wie die Ferkelkastration eine emotional diskutierte Frage – muss ab 2019 unter lokaler Betäubung erfolgen. Diese kann aber vom Tierhalter durchgeführt werden. Der Schenkelbrand soll erhalten bleiben, weil er zum einen eine klare Kennzeichnung ermöglicht. Zum anderen stellt er ein wichtiges Kulturgut und Markenzeichen für die deutsche Pferdezucht dar.

Die betäubungslose Ferkelkastration, die ebenfalls bis Ende 2018 erlaubt bleibt, ist notwendig, um den



© hanneliese - Fotolia.com

unangenehmen Geruch von Eberfleisch zu verhindern. Derzeit gibt es für Landwirte keine praktikablen Alternativmethoden. Dies bestätigen auch die mit diesem Thema befassten Wissenschaftler. Deswegen sollen die Erkenntnisse der aktuell laufenden Forschungsprojekte abgewartet werden, bevor die betäubungslose Ferkelkastration verboten wird.

Die Novelle setzt darüber hinaus die EU-Tierversuchsrichtlinie in deutsches Recht um und greift verschiedene nationale Tierschutzfragen auf. So wird beispielsweise das Verbot der Qualzucht rechtssicher gestaltet. Die Haltung bestimmter wild lebender Arten im Zirkus kann künftig eingeschränkt werden, sofern ein tiergerechter Transport dieser Tiere nicht möglich ist. Darüber hinaus werden die Nutztierhalter verpflichtet, die Haltungsbedingungen nach bestimmten Tierschutzindikatoren zu bewerten. Außerdem hat die Bundesregierung die Anregung des Bundesrates aufgegriffen und das Verbot sexueller Handlungen an Tieren verschärft.

Abschließend bleibt festzuhalten: Deutschland ist weltweit, aber auch in der EU, Vorreiter im Tierschutz. Die Tierhaltung in Deutschland erfüllt bereits heute höchste Tierschutzstandards. Das Erreichte werden wir auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse permanent weiter entwickeln.

Die Fraktion informiert

Neue Publikationen der Unionsfraktion

Fünf Info-Faltblätter und Arbeitsbericht 2012

Ob Haushaltskonsolidierung, Ausbau der Kinderbetreuung, Entlastung der Kommunen oder Investitionen in Bildung und Forschung – die christlich-liberale Koalition hat Deutschland in den vergangenen Monaten zukunftsfester gemacht. Diese positive Bilanz ziehen sechs neue Publikationen.

Unter dem Titel „Für ein starkes Deutschland und Europa“ ist der Arbeitsbericht 2012 erschienen. Trotz aller Schwierigkeiten im internationalen Umfeld ist es der Koalition gelungen, den Euro zu stabilisieren und Europa in Richtung Stabilitätsunion weiterzuentwickeln.

Der Flyer „Solide Staatsfinanzen – Fragen und Antworten zur Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung“ zeigt auf, wie die Neuverschuldung Schritt für Schritt abgebaut wird, ohne durch rigide Ausgabenkürzungen das Wirtschaftswachstum zu gefährden.

Die Info-Faltblätter „Auf dem Weg zur Bildungsrepublik – Investitionen und Innovationen für die Zukunft“ und „Ein kinderfreundliches Land. Familien bekommen unsere Unterstützung“ belegen das hohe Engagement des Bundes in der Bildungs- und Familienpolitik. Was die Koalition für die Kommunen tut, zeigt der Flyer „Starke

Kommunen, starkes Land. Fragen und Antworten zur Entlastung der Kommunen“.

Der Flyer „Für Religionsfreiheit und den Schutz von Christen“ stellt das Engagement der Fraktion für eines der zentralen Menschenrechte dar.

Alle Publikationen können unter fraktion@cducsu.de kostenlos bestellt werden und stehen unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.

„Patriot“-Raketen schützen NATO-Partner Türkei

Bundestag stimmt Stationierung zu

Deutschland beteiligt sich mit Abwehrbatterien vom Typ „Patriot“ am Schutz des NATO-Partners Türkei vor Raketen aus Syrien. Der Bundestag stimmte in dieser Woche einem entsprechenden Bundeswehr-Mandat zu.

Mit dieser Entscheidung sendet das atlantische Bündnis unzweideutige Signale an das Assad-Regime in Syrien, den Konflikt nicht über die Landesgrenzen hinauszutragen.

Auf Bitten der Türkei hatte die NATO am 4. Dezember beschlossen, „Patriot“-Abwehrraketen an die Grenze zu Syrien zu verlegen. Das vom Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedete Mandat sieht vor, bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten mit zu entsenden. Die relativ hohe Zahl ist durch den zusätzlichen Einsatz in

„AWACS“-Radarflugzeugen der NATO zu erklären, die zum Luftlagebild beitragen.

Einsatz rein defensiv

Der Einsatz ist rein defensiv. Er erfolgt ausschließlich auf türkischem Gebiet und somit innerhalb der Grenzen des Bündnisses. Es geht nicht um die Einrichtung oder Absicherung einer Flugverbotszone in Syrien oder gar um ein Eingreifen in den dortigen Bürgerkrieg. Beides wird in dem von der Bundesregierung vorgelegten Mandat eindeutig ausgeschlossen. Ein UN-Mandat ist daher nicht notwendig.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff betonte in seiner Rede im

Bundestag, dass die Luftangriffe des Assad-Regimes auf syrische Städte an der türkischen Grenze auch die türkische Bevölkerung bedrohten. Diese Bedrohung eines ihrer Bündnispartner könne die Allianz nicht ignorieren. Niemand dürfe darauf vertrauen, dass das untergehende, menschenverachtende Assad-Regime nicht auch seine Langstreckenraketen und chemischen Massenvernichtungswaffen einsetze, um den inneren Konflikt nach außen zu tragen.

Die „Patriot“-Stationierung solle eine abschreckende und damit deeskalierende Wirkung haben, sagte Schockenhoff weiter. Assad werde deutlich gemacht: Wir werden das Nötige tun, um unseren Verbündeten zu schützen.

Bundeswehr setzt Rückzug aus Afghanistan fort

Bundestag berät neues ISAF-Mandat

Die Bundeswehr setzt ihren Rückzug aus Afghanistan fort. Der Bundestag beriet in dieser Woche in erster Lesung das neue Mandat für den ISAF-Einsatz, das bis Ende Februar 2014 gelten soll. Es sieht vor, die Obergrenze für die Zahl der Soldaten, die sich im Einsatz in Afghanistan befinden, weiter von derzeit 4.900 auf 4.400 zu senken. Damit der schrittweise Abzug in geordneten Bahnen verläuft, sind im neuen Bundeswehr-Mandat auch Kräfte für die Rückführung von Material und Personal enthalten. Bis Ende Februar 2014 soll das deutsche Kontingent auf bis zu 3.300 Soldaten reduziert werden. Schließlich soll Ende 2014 der Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan beendet sein.



Foto: Oliver Lang/dapd

Verteidigungsminister Thomas de Maizière im Feldlager der Bundeswehr in Masar-i-Scharif (Afghanistan)

Parallel zum schrittweisen Rückzug der internationalen Einsatzkräfte übernehmen afghanische Sicherheitskräfte zunehmend die Verantwortung für die Sicherheit im Lande. In wenigen Wochen werden bereits 90 Prozent der afghanischen Bevölkerung in Gebieten leben, die in afgha-

nischer Sicherheitsverantwortung stehen.

Sicherheit der Soldaten zentral

Für die CDU/CSU ist der Schutz der deutschen Soldaten zentral. Daher muss die militärische Handlungsfähigkeit bis zum Ende der ISAF-Mission gewährleistet bleiben.

Nach dem Ende der ISAF-Mission 2014 brauchen die afghanischen Sicherheitskräfte weiterhin Unterstützung. Zu diesem Zweck plant die NATO eine Folgemission auf Grundlage eines neuen UN-Mandats. In diesem Rahmen wird sich auch die Bundeswehr mit deutlich weniger Personal beteiligen.

CDU steht geschlossen hinter Merkel

Rekordergebnis bei Wiederwahl zur Parteivorsitzenden – Kauder für Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition



Foto: Steven Rößler

Angela Merkel nach der Wiederwahl zur Parteivorsitzenden

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat sich die CDU geschlossen hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel gestellt. Auf dem CDU-Parteitag vergangene Woche in Hannover wurde Merkel mit knapp 98 Prozent der Delegiertenstimmen als Parteivorsitzende bestätigt – ihr bestes Ergebnis seit Amtsantritt im April 2000. Der Parteitag verabschiedete zudem einen Leitanspruch, der den Grundstein für das Wahlprogramm im nächsten Jahr legt. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, warb dafür, dass auch künftig die „große Europäerin Angela Merkel den Kurs“ in Deutschland bestimmen könne.

In seiner kämpferischen Rede sagte Kauder, man werde Deutschland und Europa nicht Rot-Grün überlassen. Er sprach sich für die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition aus, die das Land in den vergangenen drei Jahren auf einen guten Kurs geführt habe. „Die Ergebnisse stimmen“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Der Opposition warf er vor, „Politik gegen die Menschen zu machen“. Als Beispiele führte er an, dass sich SPD und Grüne im Bundesrat gegen die Abmilderung der Steuerprogression und gegen die steuerliche Förderung der energeti-

schen Gebäudesanierung sperren. Damit verraten sie laut Kauder die Interessen der Arbeitnehmer und des Handwerks.

Erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung

Merkel nannte die jetzige Bundesregierung die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung. Zur Begründung verwies sie auf den tiefsten

Stand der Arbeitslosigkeit und den höchsten Stand der Erwerbstätigkeit seit 1990. Deutschland sei der Wachstumsmotor in Europa. Noch nie sei hierzulande so viel Geld für Bildung und Forschung ausgegeben worden. Damit werde das Fundament dafür gelegt, dass Deutschland wettbewerbsfähig bleibe, fügte Merkel hinzu. Die Energiewende sei das ehrgeizigste Energieprojekt der heutigen Generation. Ziel sei es, dieses Projekt zu einem erfolgreichen Ausführungsmodell zu machen, das den Stempel „Made in Germany“ trage.

Für eine Chancengesellschaft

Die CDU stehe für eine Chancengesellschaft, in der jeder Mensch nach seinem Glück streben könne, unabhängig von Herkunft und Einkommen, sagte Merkel. Der von den Delegierten beschlossene Leitanspruch mit dem Titel „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“ setzte dafür den Rahmen. Darin wurde das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft hochgehalten. Die Fortsetzung des deutschen Job-Wunders wurde als wichtigstes Ziel proklamiert. In diesem Zusammenhang sprach sich die CDU auch

dafür aus, die Kompetenzen von Frauen stärker zu nutzen. Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, forderte sie eine „Flexi-Quote“ – eine Frauenquote für Vorstand und Aufsichtsrat, auf die sich Unternehmen künftig selbst verpflichten sollen. Die CDU bekräftigte darüber hinaus die Forderung nach Einführung einer allgemein verbindlichen Lohnuntergrenze in den Bereichen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.

Lebensleistung muss sich lohnen

Mit Blick auf die demografische Entwicklung sprachen sich die Delegierten dafür aus, die Rente zukunftsfest zu machen. Als Leitmotto gelte: „Lebensleistung muss sich im Alter lohnen.“ Deshalb müssten diejenigen, die jahrzehntelang in den Generationenvertrag eingezahlt und vorgesorgt haben, im Alter eine auskömmliche Rente erhalten, hieß es in dem Antrag. Noch in dieser Legislaturperiode wolle man konkrete Verbesserungen durch eine steuerfinanzierte Lebensleistungsrente auf den Weg bringen. Auch wolle man im Rahmen des finanziell Möglichen dafür sorgen, dass Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, in der Rente schrittweise bessergestellt werden.

Abgelehnt wurde von den Delegierten indessen ein Vorstoß für eine steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Stattdessen soll das Ehegattensplitting zu einem echten Familiensplitting weiterentwickelt werden, wovon Kinder profitieren. Die Delegierten betonten, dass sich der Beschluss nicht gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften richte. „Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung“, hieß es darin.

Weltbevölkerungswachstum – eine zentrale Herausforderung

Kongress der Unionsfraktion – Schwerpunkte Klima und Umwelt, Konflikte und Urbanisierung

Das Weltbevölkerungswachstum wird in den nächsten Jahren noch stärker in den Fokus der Entwicklungspolitik rücken als bisher. Zu diesem Schluss kamen die Teilnehmer eines Kongresses, den die Unionsfraktion in der vergangenen Woche veranstaltete. Sieben Milliarden Menschen leben seit Oktober 2011 auf der Erde, 2050 werden es mindestens neun Milliarden sein. Wuchs die Bevölkerung lange Zeit vor allem in Asien überproportional, wird der überwiegende Teil des Wachstums künftig im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas stattfinden.

Die entwicklungspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Sibylle Pfeiffer, wies auf die Komplexität und Vielschichtigkeit des Themas hin: Weltbevölkerungswachstum, Klimawandel, Ressourcensicherheit und die politische Stabilität von Staaten – alles hänge mit allem zusammen und bedinge sich gegenseitig. Auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bekräftigte, dass es eine der großen Herausforderungen sein werde, zukünftiges Wirtschaftswachstum gerecht aufzuteilen.

Bundesumweltminister Peter Altmaier wies die These zurück, dass aufgrund des Anstiegs der Weltbevölkerung das Wirtschaftswachstum begrenzt werden müsse. Dies würde zu Armut und Verteilungskonflikten führen, warnte er. Vielmehr müssten die Industrieländer in Kooperation mit der Privatwirtschaft Modelle und Technologien entwickeln, die für den Einsatz in Entwicklungs- und Schwellenländern geeignet seien.

Nachhaltige Energie für alle

Der ehemalige Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Klaus Töpfer, betonte, dass Armut oft Energiearmut sei. Deshalb sei es die größte Herausforderung für



© Worldwide Pictures - Fotolia.com

die Welt, durch verstärkte Forschung und Entwicklung Energie für neun Milliarden Menschen verfügbar zu machen. Voraussetzung hierfür seien jedoch nicht nur entsprechende finanzielle Mittel, sondern auch globalisierungsfähige Technologien.

In der Diskussionsrunde zu den Themenkomplexen Klima und Umwelt, Ressourcen, Konflikte und Urbanisierung diskutierten die Teilnehmer die Frage, wie die Welt mit mehr als neun Milliarden Menschen nachhaltig gestaltet werden könnte. Alle Redner forderten mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende für die Bereiche Umwelt und Entwicklung, Christian Ruck, wies auf die regional sehr unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels hin. Stormy-Annika Mildner von der Stif-

tung Wissenschaft und Politik hob die Bedeutung einer entwicklungsorientierten Rohstoffpolitik hervor. Wenke Apt, Expertin für demografischen Wandel und Zukunftsforschung, unterstrich mit Blick auf das Thema Wasserknappheit, dass in der Vergan-

genheit zwar kooperative Lösungen im Vordergrund gestanden hätten, es in Zukunft aber mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu Konflikten kommen werde. Schließlich forderte Peter Götz, Weltpräsident der Global Parliamentarians on Habitat, mehr Perspektiven für den ländlichen Raum. Dies sei nötig, da im Jahre 2050 etwa 60 Prozent der Weltbevölkerung in den Städten leben werden. Aber auch die Megastädte selber, die viele Probleme verursach-

ten, müssten eine kluge Stadtentwicklungspolitik betreiben.

Verteilungskonflikten vorbeugen

Die Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dagmar Wöhrle, resümierte, dass sich hierzulande Politiker alle Fachrichtungen auf das Weltbevölkerungswachstum einstellen müssten. Andernfalls würden die Folgen von Verteilungskonflikten schnell auch in Deutschland spürbar.

Anlässlich des Kongresses legte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Thesenpapier mit dem Titel „Entwicklungszusammenarbeit an den Herausforderungen des Weltbevölkerungswachstums ausrichten“ vor, das unter www.cducusu.de/entwicklung einsehbar ist.

„Erreicht, was machbar war“

Fazit des Weltklimagipfels von Doha – Kyoto-Protokoll wird verlängert



Peter Altmaier und Thomas Gebhart in Doha

„Wir haben das erreicht, was machbar war.“ Dieses Fazit zog der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Thomas Gebhart nach dem Weltklimagipfel in Doha. Gebhart war Teil der deutschen Delegation, die von Bundesumweltminister Peter Altmaier geleitet wurde. Wie so oft stand bis kurz vor Ende des Gipfeltreffens die angestrebte Vereinbarung zum Schutz des Klimas auf der Kippe. Doch auch in diesem Jahr wurden die Interessen von 194 Staaten gebündelt.

Was sind die wichtigsten Ergebnisse? Zum einen wird das Kyoto-Protokoll, das in diesem Jahr ausgelaufen

wäre, bis 2020 verlängert. Damit wird es weiterhin konkrete Verpflichtungen der teilnehmenden Staaten geben, die klimaschädlichen Emissionen zu verringern, um so die Erderwärmung zu begrenzen. Zum anderen wurde ein Arbeitsprogramm bis 2015 beschlossen. Bis dahin soll ein neues weltweites Klimaschutzabkom-

men ausgehandelt sein, das 2020 in Kraft treten kann.

Erneut bekräftigt wurde, den Entwicklungsländern ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und Anpassung an Klimafolgen zur Verfügung zu stellen. Allerdings gab es keine Aussagen darüber, wie das Geld zusammenkommen soll. Für die Zeit bis 2020 wurde allgemein festgestellt, dass die Mittel aufgestockt werden sollen. Konkret blieben die von einigen europäischen Ländern für die Zeit bis 2015 gemachten Zusagen.

An der schwierigen Verhandlungssituation wird sich nichts Grundlegen-

des ändern, solange China und die USA – die Hauptemittenten von klimaschädlichen Gasen – eine Blockadehaltung einnehmen. Gleichwohl ist es notwendig, dass die Welt zusammenkommt und zumindest das, was möglich ist, vereinbart, um den Prozess am Leben zu halten. Auch Altmaier sprach sich für völkerrechtlich verbindliche Regelungen aus. Gleichwohl reichen Klimakonferenzen alleine nicht aus, um weltweit effektiven Klimaschutz zu erreichen.

Deutschland bleibt Vorreiter beim Klimaschutz

Deutschland kann durch den Umbau seiner Energieversorgung international als Vorbild für mehr Klimaschutz dienen. Die Energiewende kann zum Exportschlager werden. Denn viele Länder blicken gespannt darauf, wie Deutschland als Industrienation seine Energieversorgung künftig gestaltet. Eine starke Wirtschaft und eine Industrie, die im Bereich des Klimaschutzes Innovationen auf den Markt bringt – dies sieht Gebhart als Schlüssel für das Gelingen der Energiewende. Zum Gelingen der Wende gehören aber auch eine effizientere Nutzung der Energie und der Ausbau der Erneuerbaren.

Frohe Weihnachten und viel Glück im Neuen Jahr



Foto: Steven Rösler

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder und der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer im Kreis von Mitarbeitern am Stand der Fraktion beim CDU-Parteitag am 4. und 5. Dezember in Hannover.

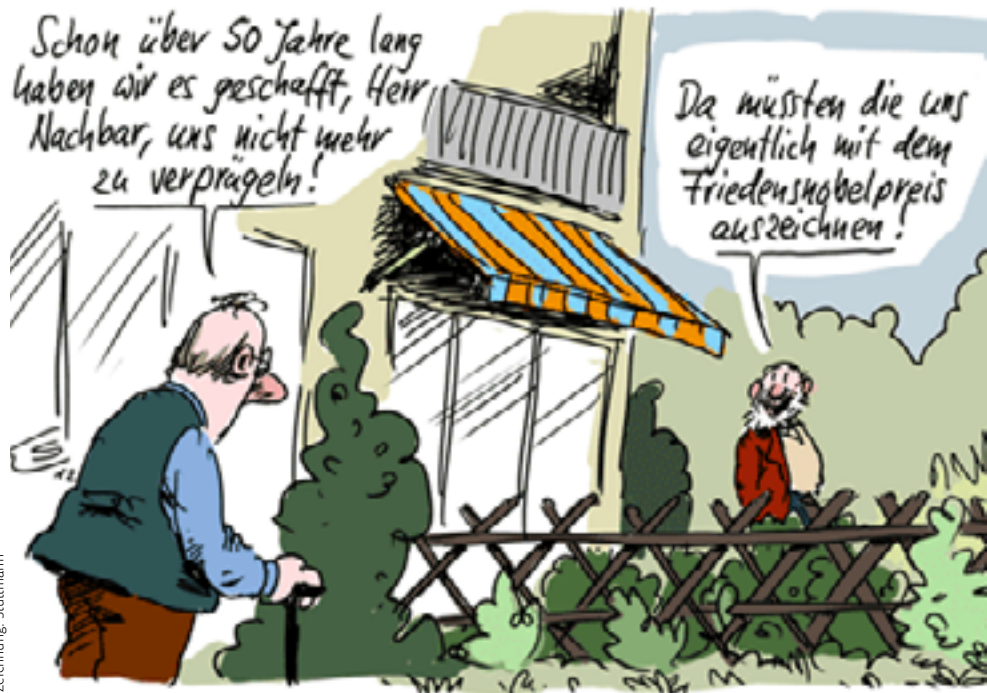
Bildungsausgaben auf Rekordhöhe

Mehr Geld auch für Forschung und Wissenschaft

Wiesbaden – Bund, Länder und Gemeinden geben in diesem Jahr nach vorläufigen Zahlen 110,3 Milliarden Euro für Bildung aus – 4,7 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Zu diesem Ergebnis kommt das Statistische Bundesamt im Bildungsfinanzbericht 2012, der im Auftrag des Bundesbildungsministeriums und der Kultusministerkonferenz erstellt wurde. Endgültige Angaben zu den öffentlichen Bildungsausgaben liegen derzeit bis zum Jahr 2009 vor. Demnach beliefen sich im Jahr 2009 die öffentlichen Bildungsausgaben auf 100 Milliarden Euro. Davon stellten der Bund 6,2 Milliarden Euro, die Länder 71,9 Milliarden Euro und die Gemeinden 21,8 Milliarden Euro bereit.

Im Jahr 2009 stieg das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft auf insgesamt 224,8 Milliarden Euro, 10,6 Milliarden Euro mehr als 2008. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt entsprach dies einem Anteil von etwa 9,5 Prozent. Nach vorläufigen Berechnungen erhöhten sich die Ausgaben im Jahr 2010 um weitere 9,7 Milliarden Euro, auf 234,5 Milliarden Euro. Dies entsprach ebenfalls 9,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Von den Gesamtausgaben des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft entfielen im Jahr 2009 insgesamt 164,6 Milliarden Euro auf den Bildungsbereich, einschließlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen in Höhe von 11,8 Milliarden Euro. Weitere 55,2 Milliarden Euro wurden für Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausgegeben



Zeichnung: Stuttmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducsu.de

- 15. Januar 2013 Neujahrsempfang für die Mitglieder der Koalitionsfraktionen
- 22. Januar 2013 Festveranstaltung französische Assemblée Nationale und Deutscher Bundestag zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages
- 30. Januar 2013 Gedenkveranstaltung im Plenarsaal für die Opfer des Nationalsozialismus
- 30. Januar 2013 Kongress Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt

sowie 5,1 Milliarden Euro für Museen, Bibliotheken, Fachinformationszentren und die außeruniversitäre Wissenschaftsinfrastruktur.

Der Bildungsfinanzbericht ermöglicht auch einen Vergleich der Bildungsausgaben Deutschlands mit anderen Staaten. Nach dem international vergleichbaren Teil des Bildungsbudgets entfielen in

Deutschland im Jahr 2009 beispielsweise 126,4 Milliarden Euro auf die Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und die Berufsbildung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt entsprach dies einem Anteil von 5,3 Prozent. Damit lag Deutschland bei den Ausgaben für diese Bildungseinrichtungen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 6,2 Prozent.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu